

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

紙之立掛特郵中
限券號准政華

Blatto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

4. Jahrgang

Tientsin, Sonnabend, den 18. März 1933.

Nummer 755

Der englische Abrüstungsplan

Abschaffung von Militärflugzeugen — 200 000 Soldaten für Deutschland, Frankreich, Italien, Polen ausschliesslich Kolonialtruppen — Die Rüstungsbegrenzungen für die Marine fallen erst nach 1936

Genf, 16. März (Transocean A.). Die in Genf versammelten Delegierten berieten über Mittel und Wege, um die Abrüstungskonferenz vor dem vollkommenen Fiasko zu retten.

MacDonald bestieg die Rednertribüne und wurde beifällig begrüsst. Er redete etwa eine Stunde. Seine Rede entbehrte nicht des Pathos und des Humors und steigerte sich zum Schluss zu einem leidenschaftlichen Aufruf, der besonders an den deutschen und französischen Delegierten gerichtet war und sie aufforderte der Stimme der Verständigung Gehör zu geben.

Er wies darauf hin, dass der deutsche Anspruch auf Gerechtigkeit nur als gerecht zu bezeichnen sei. Die entwaffneten Staaten haben ein Anrecht auf einen gerechten Frieden, und es ist Sache der bewaffneten Nationen ihren Anteil an der Abrüstung beizutragen, unter der Bedingung, dass die abgerüsteten Staaten ihrerseits guten Willen, Vertrauen und Verständnis beweisen.

Seinen Plan einer fünfjährigen Konvention erläuterte er Punkt für Punkt. Dieser Plan sieht eine nationale Kontrolle der Ausführung der Konvention, einen Ausschuss zur Vorbereitung weiterer Rüstungseinschränkungen und ein Programm zur Lösung unerwarteter Schwierigkeiten vor. Weiter enthält der Plan genaue Statistiken. Wenn irgendwelche Staaten nicht gewillt sind, diese anzuerkennen, müssen die strittigen Punkte durch gegenseitige Verhandlungen geklärt werden.

In seinen grossen Linien folgt der MacDonald-Plan den französischen Vorschlägen betreffs Standardisierung der Armeen, Einschränkung auf der Basis des Hooverplanes, Verwendung von Tanks und schwerer Artillerie nur bis zu einer gewissen Grösse, Verbot von Luftangriffen, Abschaffung der Militärflugzeuge und Unmöglichkeit des Gebrauches von Zivilflugzeugen für den Krieg.

Für die Marinerüstungen sollen die augenblicklichen Verträge bis zur nächsten Marinekonferenz im Jahre 1935 in Kraft bleiben, und inzwischen soll versucht werden, ein allgemeines Abkommen zwecks weiterer Abrüstung zustande zu bringen. Schliesslich soll noch der chemische Krieg verboten werden.

London, 16. März (Reuter). Der grosse britische Abrüstungsplan sieht vor, dass im Falle eines Krieges oder eines Bruches des Pariser Paktes eine Konferenz der Vertragspartner stattfinden muss, wenn wenigstens fünf von ihnen, darunter mindestens eine Grossmacht, die Einberufung verlangt. Für die Konferenz gelten die Regeln des Völkerbundes. Mit ihren Beschlüssen müssen die Vertreter aller Grossmächte und die Mehrzahl aller anderen an der Konferenz teilnehmenden Staaten einverstanden sein. Auf der Konferenz soll eine Einigung zu erzielen versucht werden, bezüglich der Schritte, die gegen den Vertragsbruch unternommen werden sollen, und weiter soll festgestellt werden, wer der Schuldige ist.

Der Plan schlägt vor, dass Deutschland, Frankreich, Italien und Polen eine Heimatarmee von 200 000 Mann und grössere Ueberschreitkräfte halten

dürfen, während Sowjetrussland ein Heer von einer halben Million zugestanden wird.

Das Londoner Marineabkommen soll auf Frankreich und Italien ausgedehnt werden. Deutschland soll von den ihm im Versailler Vertrag auferlegten Marine-Beschränkungen befreit werden, aber das bisherige Bauprogramm darf erst nach 1936 abgeändert werden. Frankreich, Japan, Italien, Russland, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich dürfen jeder bis zu fünfhundert Flugzeugen haben, die im Kriege verwendbar sind. Lenkbare Luftschiffe dürfen nicht gebaut werden.

Eine ständige Kommission soll ein Schema für die vollständige Abschaffung von Militärflugzeugen entwerfen. Für die Zivilluftfahrt soll ein Ueberwachungsausschuss eingesetzt werden, um ihren Missbrauch für militärische Zwecke zu hindern.

Genf, 16. März (Reuter). In einem späteren Reuter-telegramm wird der MacDonald-Plan in seiner obigen Ausführung bestätigt, nur betreffs der Heeresstärken werden folgende Angaben gemacht:

Einschliesslich der Ueberschreitkräfte sollen Deutschland zweihunderttausend, Frankreich vierhunderttausend, Italien zweihundertfünfzigtausend, Polen zweihunderttausend und Sowjetrussland fünfhunderttausend Mann zugestanden werden.

London, den 16. März (Reuter). Ausser den obigen Staaten sind den kleineren europäischen Staaten in dem MacDonald Plan folgende Heeresstärken zugestanden worden: Rumänien 150 000 Mann, Spanien 120 000 Tschecho-Slowakei und Yugo-Slawien je 100 000, Belgien Griechenland und Ungarn je 60 000, Portugal 50 000 und Holland 26 000. Ausserdem darf Belgien 15 000 und Portugal 10 000 Mann Kolonialtruppen halten. Jedem anderen hier nicht namentlich erwähnten Staat in Europa ist einschliesslich Kolonialtruppen eine Heeresmacht von 50 000 zugestanden.

Für die aussereuropäischen Länder sind keine derartigen Vorschläge gemacht worden, da MacDonald der Ansicht ist, dass es nicht schwer sein wird, deren Stärken festzusetzen, wenn Europa sich erst einmal einig ist.

Für alle europäischen Staaten ist ein Milizsystem vorgesehen. Die höchstzulässige Dienstzeit der Soldaten beträgt 8 Monate. Nur in Ausnahmefällen kann sie bis auf 12 Monate verlängert werden.

Die Armeen eines jeden Staates darf einen kleinen, noch festzusetzenden Prozentsatz Soldaten mit langer Dienstzeit haben.

Das höchstzulässige Kaliber für Feldgeschütze beträgt 10,5 cm. Die Länder, welche augenblicklich 15,5 cm Geschütze verwenden, dürfen diese behalten, sie aber nur durch 10,5 cm ersetzen.

In den Küstenbatterien dürfen keine grösseren Kanonen als 40,6 cm aufgestellt werden. Das Höchstgewicht von Tanks beträgt 6 Tonnen.

Verbotene Waffen sind zu zerstören und zwar im ersten Jahr ein Drittel des Bestandes und die restlichen zwei Drittel innerhalb drei Jahren nach Inkrafttreten der Konvention

Die nationale Revolution

Berlin, 16. März (Transocean A.). Zahlreiche deutsche Städte weitern miteinander der nationalen Revolution ihre Sympathie zum Ausdruck zu bringen.

An der Spitze marschieren Breslau, Zwickau, Passau und Liebenzell, wo zahlreiche Strassen und Plätze auf den Namen Hitler umgetauft worden sind.

Aus allen Teilen des Landes treffen Meldungen von der freiwilligen Auflösung kommunistischer Organisationen ein. In Landsberg haben die kommunistischen Führer ihre Flaggen, Bilder, Musikinstrumente und andere Sachen an die Behörden ausgeliefert und erklärt, dass für sie der Bolschewismus ein für alle Male erledigt sei. Die Flaggen wurden am letzten Donnerstag von den Kommunisten selber auf dem Marktplatz verbrannt.

Eine Meldung ähnlicher Art liegt von der kommunistischen Organisation in Krakow im Freistaat Mecklenburg vor, deren Führer die Polizei von der Auflösung der Gruppe mit den lakonischen Worten in Kenntnis gesetzt hat: „Wir haben genug davon.“

Hitler über die Olympiade

Berlin, 16. März (Transocean A.). Reichskanzler Hitler empfing am Donnerstag den Organisationsausschuss für die nächsten Olympischen Spiele, die 1936 in Berlin stattfinden sollen. Hitler wies darauf hin, dass er sich der Bedeutung des Sportes als eines Mittels zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend wohl bewusst sei, und dass er alles tun müsse, was in seiner Macht stünde, damit die in drei Jahren stattfindenden Spiele Deutschland Ehre machten.

Dr. Gürtler gestorben

Wien, 16. März (Transocean A.). Der frühere Minister und Präsident der Nationalversammlung, Dr. Alfred Gürtler, ist in Graz im Alter von 58 Jahren gestorben.

Kampf gegen die republikanischen Organisationen in Tirol

Innsbruck, 16. März (Transocean A.). Die Tiroler Provinzialregierung verfügte die Auflösung der republikanischen Schutztruppe, da sie ihre Machtbefugnisse überschritten hat und sich als militärische Organisation betätigt hat, indem sie Wachen aufstellte, bewaffnete Patrouillen aussandte und nahe Beziehungen zu militärischen Organisationen des Auslandes ähnlichen Charakters wie z.B. das Reichsbanner, unterhielt.

Auf Befehl der Regierung ist das Gewerkschaftshaus in der Nähe des Bahnhofes heute von Polizei und Militär besetzt worden. Es ist eine Haus-suchung vorgenommen worden, während der sich eine grosse Menge in der Nachbarschaft und im Zentrum der Stadt ansammelte, die aber von der Polizei auseinandergetrieben werden konnte.

Eine faschistische Zeitung in Spanien

Madrid, 16. März (Transocean A.). In der ersten Ausgabe der neuen faschistischen Zeitung „El Fascio“, die am Donnerstag erschien, wird bekannt gegeben, dass das Ziel der Zeitung ist, alle nationalen Gruppen zu sammeln und zu einer spanischen faschistischen Partei zusammenzuschliessen. Das neue Organ wird von den Herausgebern der Zeitung „La Nazione“ veröffentlicht, die von dem verstorbenen Primo de Rivera gegründet worden ist.

Antisemitische Ausschreitungen in Polen

Warschau, 16. März (Transocean A.). Aus verschiedenen galizischen Städten im Bezirk Saybusch liegen Meldungen von antisemitischen Ausschreitungen vor. Die grössten Unruhen haben sich in Milowoc ereignet, wo zehn jüdische Geschäfte gestürmt worden sind. In dem darauf folgenden Zusammenstoss mit der Polizei wurde einer getötet und vier verwundet. 83 Personen sind verhaftet worden, die grösstenteils der antisemitischen Organisation, „Das grösstere Polen“ angehörten.

53 Parteien in Holland

Der Haag, 16. März (Transocean A.). Für die am 26. April stattfindenden Wahlen zum Parlament sind heute die Anmeldungen geschlossen. Es sind im ganzen 53 Wahllisten eingereicht worden, womit der bisherige Rekord gebrochen ist.

Im Jahre 1929 lagen 36 Listen vor, von denen allerdings nur zehn Vertreter in das Parlament schickten.

Dr. Schacht Reichsbankpräsident

Berlin, 16. (Transocean A.) Wie allgemein erwartet ist Dr. Luther am Donnerstag nachmittag als Reichsbankpräsident zurückgetreten, und das Generaldirektorium der Reichsbank hat anschliessend Dr. Hjalmar Schacht zu seinem Nachfolger ernannt. Dr. Schacht war bereits von 1923 bis 1930 Reichsbankpräsident, als er von Dr. Luther abgelöst wurde.

Das nationalsozialistische Organ „Der Angriff“ schreibt zu diesem Wechsel, dass Luther die letzte Stütze des wirtschaftlichen Liberalismus war und bezeichnet ihn als den Mann, der während der letzten Wochen die Ausführung des Programms zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verhindert hat, indem er die Massnahmen zum Schutze der Währung über alle anderen Erwägungen stellte, ganz gleich ob Millionen Arbeitslose Hunger litten.

Dr. Luthers Rücktritt ist von sehr grosser Bedeutung in wirtschaftlicher Beziehung, denn die Ernennung eines Mannes aus der nationalen Bewegung zu dem wichtigen Posten eines Reichsbankpräsidenten bedeutet, dass

ein neuer Geist in das wirtschaftliche Leben Deutschlands einziehen wird.

In einem Brief an Hindenburg begründet Dr.



Dr. Hjalmar Schacht

Luther seinen Rücktritt damit, dass er im Laufe der letzten Konferenzen mit dem Reichskanzler zu der Ueberzeugung gekommen sei, dass sein weiterer Verbleib im Amt eine enge Zusammenarbeit zwischen Reichsbank und Reichsregierung behindern könne. Zum Schluss weist Dr. Luther in seinem Brief darauf hin, dass für die Reichsbank keine Experimente unternommen werden, durch die die Währung geteufelt werden könne. Diesen Standpunkt habe nicht nur die Reichsbank selber in ihren wiederholt abgegebenen Erklärungen gegeben, sondern sei ihm auch ausdrücklich von Reichskanzler Hitler bestätigt worden.

In seinem Antwortschreiben genehmigt der Reichspräsident mit Bedauern das Rücktrittsgesuch Dr. Luthers und dankt ihm im Namen der Nation für seine grossen Dienste, welche er besonders in der Ueberwindung der Inflation und während der letzten kritischen Jahre geleistet hat.